

Ich darf Ihnen heute im Namen der Regierung
die erste Anpassung des Haushaltes 2020 vorstellen.

Um diese Haushaltsanpassung nachvollziehen zu können,
ist es notwendig,
den Kontext in Erinnerung zu rufen.

Was wird heute eigentlich abgeändert?

Nun,
vor 5 Monaten haben wir hier den Ursprungshaushalt 2020 für unsere
Gemeinschaft verabschiedet.

Mit diesem Haushalt hatten wir aufgezeigt,
wie wir unser ehrgeiziges Regierungsprogramm in dieser Legislaturperiode
finanzieren würden.

Wir hatten nachgewiesen,
dass wir in der Lage sein würden,
weitreichende Verbesserungen in all unseren Zuständigkeiten zu finanzieren.

Wir hatten uns zu diesem Zweck eine nie gekannte Anzahl von Reformen
vorgenommen.

Wir wollten verändern um zu bewahren.

Wir wollten reformieren um zu verbessern.

z.B. in der Beschäftigungspolitik,
bei der Gesundheitsversorgung,
in unserer Ausbildungslandschaft,
in der Förderpädagogik,
bei der Lehrerausbildung,
bei der Aufwertung des Ehrenamtes,
beim Klimaschutz, der Digitalisierung,

bei der Stärkung von Dörfern, Vierteln und Städten,
in der mentalen Gesundheit,
in unserem Stipendiensystem für Medizinstudenten,
in der Kultur-, Sport- und Jugendpolitik,
beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote,
in der Berufswahlvorbereitung,
bei der Sicherung von Fachkräften oder auch in der Seniorenpflege.

In all diesen und vielen anderen Bereichen
hatten wir uns sehr viel vorgenommen,
um unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

Und mit dem Haushalt 2020 hatten wir dafür die finanzpolitische Grundlage
geschaffen.

Der Bildungshaushalt wurde z.B.
im Vergleich zum Vorjahr um 2 Millionen EUR erhöht,
unter anderem um
die Einstellung von zusätzlichen Lehrpersonen in den Sekundarschulen,
die Einstellung von zusätzlichen Förderpädagogen,
die weitere Aufwertung der mittelständischen Ausbildung,
und die Schaffung von zusätzlichen Stellen für Kindergartenassistenten
finanzieren zu können.

Gleichzeitig hatten wir unsere Zuschüsse für die Kinderbetreuung um 10 %
erhöht.

Den Sozial- und Gesundheitshaushalt hatten wir sogar um 4 Millionen EUR
erhöht,
die insbesondere der Gesundheitsförderung und der Seniorenpflege
zugutekommen sollten.

Für Kultur- Medien, Tourismus und Sport
hatten wir ebenfalls eine beachtliche Erhöhung
von immerhin 1,6 Millionen EUR vorgesehen.

Und trotz all dieser Erhöhungen,
mit denen wir die Zukunftschancen der Menschen in unserer Heimat erweitern
wollten,
war es uns gelungen,
den Haushalt im Gleichgewicht zu behalten.

Als einzige Gemeinschaft in Belgien
haben wir 2018 und 2019 positive Haushaltsergebnisse erzielt.

Als einzige Gemeinschaft in Belgien
haben wir ebenso für 2020 einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet.

Und das,
obwohl wir im Gegensatz zu allen anderen belgischen Gliedstaaten
nicht auf die Technik der Neutralisierung von Infrastrukturausgaben
zurückgegriffen haben.

Drei ausgeglichene Haushalte in Folge.

Kein Grund zur Euphorie. Aber eine Tatsache.

Und das obwohl schon vor 5 Monaten feststand,
dass sich die Wirtschaftsparameter verschlechtern würden.

Das föderale Planbüro hatte ausgerechnet,
dass das Wirtschaftswachstum auf 1,1 %
und die Inflationsrate auf 1,4 % absinken würde.

Wir rechneten schon vor 5 Monaten, auf diese Legislaturperiode bezogen,
mit Einnahmenverlusten in Höhe 38 Millionen EUR.

Das hatten wir im Ursprungshaushalt 2020 berücksichtigt.

Uns war klar,
dass wir deshalb auf Investitionen in Infrastruktur würden verzichten müssen.

Die strengen europäischen Buchhaltungsregeln
erlauben den Staaten
(im Gegensatz zur privaten Wirtschaft)
bekanntlich keine Abschreibung von Infrastrukturinvestitionen.

Ein Unding, wie wir wissen.

Diese Buchhaltungsnormen schaden der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Diese Normen sind nichts anderes als eine brutale Investitionsbremse.

Vor diesem Hintergrund hatten wir dem Parlament damals vorgeschlagen,
parteiübergreifend darüber nachzudenken,
wie wir die Investitionsfähigkeit unserer Gemeinschaft verbessern könnten,
wie wir uns zumindest teilweise aus den Fesseln dieser Buchhaltungsnormen
befreien
und wie wir die Grundlage dafür schaffen könnten,
weiterhin Infrastrukturinvestitionen in wichtige Zukunftsbereiche
wie Gesundheit, Seniorenpflege, Klimaschutz und Bildung zu tätigen.

Diese partiübergreifende Zusammenarbeit
hat mittlerweile unter der Federführung von Ausschuss I begonnen.

Das freut uns.

Und ich darf vorwegnehmen,
diese Überlegungen sind heute notwendiger denn je.

Soviel zum Kontext der heutigen Diskussion.

Soviel zum Haushalt 2020,
den wir jetzt anpassen möchten.

Üblicherweise enthaltenen solche Haushaltsanpassungen nur kleinere
Verschiebungen.

Ihre politische Bedeutung ist meistens sehr überschaubar.

Das ist heute anders.

Diese Haushaltsanpassung steht nämlich
– wen wundert's -
ganz im Zeichen der Coronakrise.

Die gesamte europäische Wirtschaft stürzt gerade in eine tiefe Rezession.

Und zwar in einem Ausmaß,
das es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat.

Das föderale Planbüro sagt unserem Land mittlerweile ein Negativwachstum
von 8 % voraus.

Vor 5 Monaten betrug das Wirtschaftswachstum noch 1,1 %
- das war schon wenig –
jetzt aber stürzt man sogar wie im Sinkflug auf – 8 % ab.

Das ist ein gigantischer und folgenschwerer Absturz.

Dadurch brechen die Einnahmen des Staates massiv ein.

Wenn es bei diesem Minus von 8 % bleibt,
verliert die DG in den Jahren 2020 und 2021
Einnahmen in Höhe von knapp 28 Millionen EUR.

In den Folgejahren kommen weitere Einnahmenverlust hinzu,
weil ein solcher Einbruch natürlich rekurrente,
also jährlich wiederkehrende Auswirkungen hat.

Gleichzeitig muss der Staat seine Ausgaben drastisch erhöhen,
um die Auswirkungen der Krise abzufedern.

Einerseits also dramatische Einnahmenverluste,
andererseits erhebliche Zusatzausgaben.

Das ist natürlich eine ungesunde Rechnung.

Ja, das ist handfestes Problem.

Ja, das eine überaus große Herausforderung.

Da gibt es überhaupt nichts schön zu reden.

Kolleginnen und Kollegen,

dieser dramatischen Entwicklung wollen wir heute
zumindest in unserer Gemeinschaft
mit einer Haushaltsanpassung Rechnung tragen.

Wir sind zu einer solchen Anpassung keinesfalls verpflichtet.

Wir müssen das nicht tun.

Andere tun es nicht...

Aber will wollen das tun!

Wir wollen Ihnen heute in aller Offenheit
die Auswirkungen der Coronakrise
sowohl auf den Haushalt 2020
als auch auf die langfristige Finanzlage unsere Gemeinschaft aufzeigen.

Und wir wollen Ihnen offen und nachvollziehbar darlegen,
wie wir finanzpolitisch auf die Krise reagieren werden.

Deshalb unterbreiten wir Ihnen heute
nicht nur den Anpassungshaushalt 2020
sondern auch eine angepasste mittelfristige Finanzplanung (Simulation).

Die Dokumente werden gleich verteilt.

Mit der vorliegenden Haushaltsanpassung
werden wir unserem Anspruch auf Transparenz gerecht.

Wobei uns natürlich bewusst ist,
dass die Krise noch bei weitem nicht überwunden ist
und die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft
noch nicht präzise eingeschätzt werden können.

Wir übernehmen heute die aktuellsten Prognosen des Planbüros.

Aber niemand kann ausschließen,
dass es am Ende noch schlimmer kommt.

Auch diese Feststellung gehört zur Wahrheit.

Kolleginnen und Kollegen,

angesichts der dramatischen Entwicklungen
brauchen wir eine angepasste finanzpolitische Strategie!

Für eine solche Strategie,
gibt es immer unterschiedliche Möglichkeiten,
unterschiedliche Wege,
die man beschreiten kann.

Am Ende muss man sich aber für einen Weg entscheiden.

Wenn wir zum Beispiel die schwarze Null aufrechterhalten wollen,
das können wir tun, das ist ein möglicher Weg,
dann müssen wir logischerweise
die kolossalen Mindereinnahmen
durch drastische Sparmaßnahmen ausgleichen.

Und da die Bereiche Bildung, Soziales, Gesundheit, Seniorenpflege,
Kinderbetreuung
und Arbeitsmarkt
Drei Viertel unserer Einnahmen ausmachen,
müssten wir in genau diesen Bereichen den Rotstift ansetzen.

Ja, das könnten wir der schwarzen Null zuliebe tun.

Wir könnten zum Beispiel
die Zuschüsse für unsere Altenheime und Krankenhäuser kürzen.

Wir könnten Kinderbetreuungsangebote streichen.

Wir könnten auch die Gehälter von Pflegekräften und Lehrpersonen kürzen.

Zumindest theoretisch..

Und solche Massnahmen wären tatsächlich erforderlich,
um den Haushalt trotz der Mindereinnahmen im Gleichgewicht zu behalten.

Das alles könnten wir tun.

Aber das wollen und das werden wir nicht tun!

Sparmaßnahmen in dieser Größenordnung in Bereichen,
die für unsere Gesundheitsversorgung,
unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt
und die Zukunftsperspektiven der Menschen
von solch existentieller Bedeutung sind,
halten wir für völlig unverantwortlich.

Das wird es mit uns nicht geben!

Selbstverständlich werden wir unseren Haushalt konsequent durchforsten, aber wir werden den Menschen in all diesen Bereichen nichts wegnehmen.

Im Gegenteil.

Wir wollen und wir werden den Menschen helfen.

Wir wollen niemanden alleine lassen.

Wir werden deshalb keine unverträglichen Sparmaßnahmen beschließen.

Wir halten an allen im Ursprungshaushalt beschlossenen Erhöhungen fest, die wir bspw. für die Bildung unserer Kinder, die Seniorenpflege, die Kinderbetreuung, die Gesundheitsversorgung, die Beschäftigungspolitik und den nicht kommerziellen Sektor im Ursprungshaushalt festgelegt hatten.

Und wir fügen diesen Erhöhungen jetzt weitere Hilfspakete hinzu.

Beispiele:

Wir garantieren allen konventionierten und selbstständigen Tagesmüttern eine Einkommensausfallentschädigung.

Wir gewähren ihnen dabei den maximal möglichen vom föderalen Finanzministerium festgelegten steuerfreien Betrag.

Wir wissen, dass andere in Belgien den Tagesmüttern weniger als diesen Maximalbetrag zugestehen werden.

Wir sind aber der Meinung,
dass gerade die Betreuung von Kindern von übergeordneter Bedeutung ist
und eine besondere Wertschätzung verdient.

Deshalb werden wir als DG den Maximalbetrag finanzieren.

Den Einkommensverlust der Tagesmütter in den Tagesmütterhäusern
werden wir ebenfalls ausgleichen.

Insgesamt erhöhen wir unsere Zuschüsse für die Kinderbetreuung
mit dieser Haushaltanpassung jetzt um 1,1 Millionen EUR.

Das entspricht einer Erhöhung um 50 %.

Ähnliches gilt für die Seniorenpflege.

Die Ausgabermächtigungen für die Seniorenpflege
werden mit dieser Haushaltsanpassung ebenfalls um 1,1 Millionen EUR erhöht,
unter anderem um die Aufwertung der Pflegekräfte vorziehen zu können.

Wir ziehen also die mit den Sozialpartnern vereinbarte
Aufwertung der Pflegeberufe um 2 Jahre vor.

So wie das eben im 2. Krisendekret festgehalten wurde.

Ursprünglich hatten wir vereinbart,
diese Gehaltserhöhungen um bis zu 20 %
in den Jahren 2022, 2023 und 2024 vorzunehmen.

Jetzt haben wir entschieden,
dass schon zwischen 2020 und 2022 zu tun.

Wie Sie wissen sind für diesen Bereich erst seit 2019 zuständig.

Und wir haben unmittelbar nach der Übernahme dieser Zuständigkeit gesagt, beschlossen und mit den Sozialpartnern vereinbart, dass die Gehälter der Pflegekräfte spürbar angehoben werden.

Wir wollen das Personal in den Wohn- und Pflegezentren nicht nur in Worten sondern auch in EUR wertschätzen.

Diese Menschen leisten einen unglaublich wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft.

Das war schon immer so.

Aber es wird in diesen Krisenzeiten besonders sichtbar.

Insgesamt werden wir für diese Gehaltserhöhungen jährlich wiederkehrend 5 Millionen EUR zusätzlich vorsehen.

Das ist für unsere Gemeinschaft ein sehr hoher Betrag.

Wir werden also schon in Kürze belgienweit die höchsten Gehälter ermöglichen.

Und das ist gut so.

Wir werden den Sozialpartnern jetzt anbieten, unser Abkommen in diesem Sinne abzuändern

Gleichzeitig beschäftigen wir uns intensiv mit den Personalnormen in den Wohn- und Pflegezentren.

Auch dafür sind wir seit letztem Jahr zuständig.

Wir wollen diese Normen verbessern.

Wir wollen das Personal entlasten,
damit es sich verstärkt
unter vertretbaren Rahmenbedingungen
um die Pflege der ihm anvertrauten Menschen kümmern kann.

Das wird ebenfalls,
so denken wir,
zur Aufwertung des Berufes beitragen,
...womöglich sogar noch mehr als die Gehaltserhöhungen.

Darüber hinaus haben wir entschieden,
von den Wohn- und Pflegeheimen
keine Zuschüsse für sogenannte Leerstände zurückzufordern.

Unseren Berechnungen zufolge hätten wir
Zuschüsse in Höhe von knapp 800.000 EUR zurückfordern können.

Darauf verzichten wir jetzt.

Den Bildungshaushalt,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
den wir vor wenigen Monaten schon um 2 Millionen EUR erhöht hatten,
werden wir jetzt mit dieser Haushaltsanpassung noch mal
um weitere 2 Millionen EUR erhöhen.

Die Zuwendungen für die Schülerbeförderung werden um 20 % angehoben.

Im Sekundarschulwesen werden
auf Grundlage der verbesserten Stundenkapitalregelung
zusätzliche Lehrpersonen eingestellt.

Für die Förderung der Mehrsprachigkeit werden zusätzliche Mittel vorgesehen
genauso wie für die angestrebten Verbesserungen und Reformen
im Bereich der technisch-beruflichen Ausbildung.

Gleichzeitig erhöhen wir,
wie versprochen,
unsere Zuschüsse für die digitale Ausrüstung der Schulen.
Hierfür haben wir jetzt 600.000 EUR eingetragen

Der Beschäftigungshaushalt wiederum
wird um 500.000 EUR erhöht,
um die Maßnahmen des 2. Krisendekretes finanzieren zu können,
über das Sie gleich abstimmen werden.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten,
die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt
im Rahmen unserer Zuständigkeiten abzufedern.

Wie Sie wissen sind wir jedoch nicht für Wirtschaftsbeihilfen zuständig.

Wir dürfen keine Wirtschaftshilfen gewähren.

Aber wir fordern alle hierfür zuständigen Instanzen dazu auf,
alles, wirklich alles erdenklich Mögliche zu tun,
um unsere Wirtschaft, unsere KMU, unsere Selbständige,
unsere Geschäfte und die Beschäftigten zu unterstützen.

Viele bangen heute um ihre Zukunft, ja um ihre Existenz.

Der Staat hat die hoheitliche Aufgabe, diesen Menschen zu helfen.

Da geht es um das Schicksaal ganzer Familien.

Das gilt nicht zuletzt für den HORECA Sektor,
für die Hotels, Restaurants und Bars.

Diese Menschen brauchen eine Perspektive.

Ihnen muss dringend, unbürokratisch und massiv geholfen werden!

Selbstverständlich erhöhen wir auch die Finanzmittel für das Gesundheitswesen.

Für die Anschaffung von Schutzmaterialien,
Masken und Testungen
haben wir beispielsweise VE in Höhe von 3 Millionen EUR vorgesehen.

Darüber hinaus wollen wir die Gemeinden und ÖSHZ dabei unterstützen,
krisenbedingte Einnahmeverluste und Mehrausgaben auszugleichen.

Hierfür haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 1,2 Millionen EUR
in den Haushalt eingetragen.

Das ist, nebenbei bemerkt,
im Proporz sehr viel mehr als die anderen Gliedstaaten hierfür angekündigt
haben.

Über die Modalitäten werden wir einen Dialog mit den Gemeinden führen.

Darüber hinaus haben wir,
wie versprochen,
eine CORONA-Hilfsfonds in Höhe von 10 Millionen EUR eingerichtet
und in jetzt in den Haushalt eingetragen.

Die Rechtsgrundlage hierfür hat das Parlament ja
vor wenigen Wochen mit dem 1. Krisendekret geschaffen.

Mittlerweile haben wir die Antragsbedingungen
für die Inanspruchnahme dieses Fonds definiert,
mit den Sozialpartnern besprochen
und in einem Rundschreiben veröffentlicht.

Gleichzeitig haben wir für alle Einrichtungen
in unserem Zuständigkeitsbereich
eine Zuschussgarantie beschlossen.

Bereits genehmigte Zuschüsse werden ausgezahlt, selbst wenn Aktivitäten, Veranstaltungen oder Projekte nicht durchgeführt werden können.

Das ist ebenfalls Gegenstand des 2. Krisendekrets.

Das betrifft nicht nur alle punktuellen Zuschüsse sondern zum Beispiel auch alle strukturellen Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten.

Davon profitiert nicht zuletzt der nicht-kommerzielle Sektor.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, dafür zu sorgen, dass das hohe Maß an Lebensqualität, an gesellschaftlichem Zusammenhalt, an Solidarität und an Vielfalt, das wir in Ostbelgien so sehr schätzen, diese Krise überlebt.

Kolleginnen und Kollegen,

Sie sehen, wir tun alles, was möglich ist, wir nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente, um die Menschen im Rahmen unserer Befugnisse nach Kräften zu unterstützen.

Wir sind nicht allmächtig.

Unsere Befugnisse sind nun mal begrenzt.

Die Maßnahmen der DG alleine reichen natürlich nicht aus, um diese Krise zu überstehen.

Wir sind genau wie alle anderen
auf das entschlossene Handeln anderer Entscheidungsebenen angewiesen.

Unsere Maßnahmen können immer nur komplementär
zu den Maßnahmen anderer Entscheidungsträger sein.

Aber wir tun unser Bestes.

Wir tun alles, was wir tun können und tun dürfen.

Manchmal sogar mehr als das...

Aber natürlich stellen Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen,
jetzt alle die berechtigte Frage,
wie das alles eigentlich möglich ist.

Sturzflutartig einbrechende Einnahmen auf der einen Seite
und erhebliche Ausgabenerhöhungen in Millionenhöhe auf der anderen Seite.

Wie ist das möglich? Wie passt das zusammen? Wie kann das gelingen?

Wir können hier natürlich keine Wunder verbringen
und keine mathematischen Gesetze ausser Kraft setzen.

Aber wir können unsere finanzpolitische Strategie vorausschauend anpassen.

Und genau das tun wir jetzt.

Wir werden uns dabei im Kern an jener Strategie orientieren,
die wir schon einmal erfolgreich angewandt waren,
und zwar 2014,
als wir gegen eine massive Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten
ankämpfen mussten.

Diese Strategie hat uns seinerzeit trotz miserabler Rahmenbedingungen
geholfen,

als einziger Gliedstaat in Belgien unseren Haushalt strukturell ins Gleichgewicht zu bringen.

Natürlich können wir nicht alle Elemente dieser Strategie auf die heutige Zeit übertragen.

Manche Bausteine müssen fallen gelassen, andere hinzugefügt werden.

Aber wir können uns daran orientieren.

Konkret:

Erstens.

Genau wie alle anderen Gliedstaaten schreiben wir ab sofort Investitionen in Infrastruktur ab.

Und zwar, auf die gesamte Legislaturperiode betrachtet, in einer Größenordnung von 60 Millionen EUR.

Die europäischen Buchhaltungsnormen lassen diese Vorgehensweise eigentlich nicht zu.

Das wissen wir.

Deshalb haben wir das ja im Gegensatz zu allen anderen bislang nicht gemacht.

Wenn man sich aber die aktuellen Diskussionen auf europäischer Eben anschaut,

dann kann man jetzt zumindest die Hoffnung hegen, dass die EU ihre Bestimmungen lockern wird, um den Staaten zu helfen.

Zweitens.

Wir geben das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zeitweise auf.

Ich betone „zeitweise“.

Grundsätzlich bleibt selbstverständlich richtig,
dass ein Staat und somit die auch DG einen ausgeglichenen Haushalt anstreben
sollte.

Vor allem in guten Zeiten sollte die öffentliche Hand sparen.

In guten Zeiten sparen, um in schlechten Zeiten helfen zu können,
ist ein bewährter finanzpolitischer Grundsatz.

Und die Zeiten, die wir jetzt durchmachen, sind wahrlich schlechte Zeiten.

Die schwarze Null ist wichtig, aber sie ist kein Selbstzweck.

Das haben wir immer gesagt. Dabei bleiben wir.

Richtig ist nämlich auch,
dass der Staat in Krisenzeiten helfen muss.

Der Staat darf den gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Schaden,
den eine Krise verursacht,
nicht durch unverträgliche Sparmaßnahmen vergrößern.

Vielmehr muss er den Schaden
durch gezielte Investitionen und Hilfspakete begrenzen.

Drittens.

Es wird eine Zeit nach der Krise geben.

Und in der wird es ganz entscheidend darauf ankommen,
die Wirtschaft wieder anzukurbeln
und dabei das Rückgrat unseres Wohlstandes zu unterstützen:

Die tausenden Selbständigen, kleinen, mittleren und großen Unternehmen
werden Aufträge brauchen.

Und das geht nur,
wenn rechtzeitig wieder investiert wird.

Wir können und wir werden als DG unseren Beitrag dazu leisten,
die regionale Wirtschaft zu unterstützen
und Arbeitsplätze zu retten,
indem wir verstärkt in Zukunftsbereiche investieren.

Ich denke da zum Beispiel an Krankenhäuser, Kinderkrippen,
Wohn- und Pflegezentren, Schulen, Ausbildungseinrichtungen,
den Wohnungsbau und nicht zuletzt den Klimaschutz.

Deshalb haben wir jetzt entschieden,
die im Infrastrukturplan 2020 vorgesehenen Zuschüsse zu verdoppeln
von 9,9 Millionen auf 20,4 Millionen EUR

Wir haben 70 zusätzliche Projekte
von gemeinnützigen Vereinigungen und Gemeinden
in den Plan aufgenommen.

Nun ist uns bewusst,
dass die Projektträger erstens nicht alle sofort in der Lage sein werden,
diese Projekte zu verwirklichen.

Deshalb sind wir grundsätzlich bereit,
alle im Jahre 2020 genehmigten,
aber nicht umgesetzten Bauvorhaben
in den Infrastrukturplan 2021 zu übertragen.

Zweitens ist uns bewusst,
dass viele Projektträger
mit hohen Einkommensverlusten zu kämpfen haben
und womöglich nicht in der Lage sein werden,
ihren Eigenanteil an den Projekten aufzubringen.

Deshalb sind wir grundsätzlich bereit,
die Zuschussätze der DG in bestimmten Zukunftsbereichen zu erhöhen.

Darüber möchten wir einen engen und partnerschaftlichen Dialog
mit allen Fraktionen dieses Hauses
und mit den Gemeinden führen.

Das 2. Krisendekret schafft auch für diese Maßnahme
die notwendige Rechtsgrundlage.

Drittens wissen wir,
dass viele Projektträger Liquiditätsprobleme haben.

Deshalb sind wir bereit,
wieder Vorschüsse auf Infrastrukturzuschüsse auszuzahlen. Und zwar bis zu
90%.

Das haben wir in den ersten Jahren der letzten Legislaturperiode
schon mal gemacht.

Damit haben wir Erfahrung.

Das hilft den Projektträgern und entlastet mittelfristig unseren Haushalt.

Deshalb erhöhen wir in diesem Jahr
die Ausgabeermächtigungen für Infrastrukturprojekte
um 8 Millionen EUR.

Das ist eine Verdreifachung der bisher vorgesehenen Mittel.

Sie werden der Finanzsimulation entnehmen können,
dass wir ebenfalls für die Folgejahre
eine Erhöhung unserer Investitionen vorsehen.

Wir haben weiterhin ein großes Interesse daran,
unsere Investitionsfähigkeit zu erhöhen.

Die EU wird ihre Buchhaltungsfesseln hoffentlich lockern.

Aber sie wird das womöglich nur für eine begrenzte Zeit tun.

Auch darauf müssen wir uns vorbereiten.

Die Regierung hält deshalb an ihrem Angebot fest,
mit allen Fraktionen dieses Hauses konstruktiv
nach Möglichkeiten zu suchen,
die Investitionskapazität unserer Gemeinschaft zu erhöhen.

Da gibt es durchaus Pisten und Perspektiven.

Wir sind bereit,
allen Fraktionen die Möglichkeit zu eröffnen,
eigenen Prioritäten für eine Investitionsoffensive der DG einzubringen.

Denn genau das werden wir nach der Krise mehr denn je brauchen:
eine Investitionsoffensive.

Kolleginnen und Kollegen,
was bedeutet all das für unsere Haushaltsergebnisse?

Wir rechnen für das Jahr 2020 mit einem Defizit von 30 Millionen EUR.

Für das Jahr 2021 wird ein Defizit von 12,8 Millionen EUR prognostiziert.

Wobei es zwischen diesen beiden Jahren zu Verschiebungen kommen kann.

Das hängt davon ab,
wann der Föderalstaat seine Dotationsberechnung nach unten korrigiert.

Hinzukommt die offene Frage,
ob die EU die Abschreibungen von Investitionen in Infrastruktur,
Ausstattung und Ausrüstung akzeptieren wird.

Wenn er das nicht tut,
müssen diese Abschreibungen dem Sec-Saldo hinzugefügt werden.

In den Jahren danach
wollen wir das Defizit wieder progressiv abbauen.

Nach jetzigem Stand der Dinge
könnten wir das Haushaltsgleichgewicht
gegen Ende der laufenden Legislaturperiode wieder erreichen.

Ob dem tatsächlich so sein wird,
hängt von der weiteren Entwicklung der Krise ab.

Die jetzigen Wirtschaftsparemeter sind mit vielen Unsicherheiten behaftet.

Das habe ich eingangs schon gesagt.

Das müssen wir offen zugeben.

Trotzdem halten wir es für geboten,
die heute schon bekannte Verschlechterung der Parameter
in den Haushalt zu übernehmen
und unsere finanzpolitische Strategie entsprechend anzupassen.

Ich komme zum Schluss:

Wir müssen uns überall in Europa
auf eine tiefgreifende Rezession einstellen.

Die DG wird erhebliche Einnahmeneinbrüche verkraften müssen.

Trotzdem wäre es jetzt grundfalsch und unverantwortlich,
an der falschen Stelle zu sparen

und den Schaden für Gesellschaft und Wirtschaft
dadurch noch zu vergrößern.

Stattdessen wollen wir den Menschen
mit all uns zur Verfügung stehenden Mitteln helfen.

Um das tun zu können,
haben wir unsere finanzpolitische Strategie jetzt angepasst.

Ich habe Ihnen diese Strategie in groben Zügen vorgestellt.

Wir müssen in guten Zeiten sparen,
um in schlechten Zeiten helfen zu können.

Wir werden deshalb unsere Investitionen jetzt erhöhen.

Fest steht aber auch,
dass wir mittelfristig wieder zu einem Haushaltsgewicht zurückfinden müssen.

Dieses Ziel werden wir konsequent anstreben.

In diesem Zusammenhang setzen wir weiterhin
auf Transparenz und auf Dialog.

Transparenz ... dadurch,
dass wir alle verfügbaren Zahlen
rechtzeitig in unsere Haushaltsplanung übernehmen und kommunizieren.

Dialog ...selbstverständlich mit den Fraktionen in diesem Hause,
aber zum Beispiel auch mit den Gemeinden und den Sozialpartnern.

Der Sozialdialog ist auch in Krisenzeiten wichtig.

Der Weg, der vor uns liegt,
wird kein einfacherer sein.

Aber ich traue uns zu,
unsere Ziele zu erreichen,
und zwar ohne unverträgliche Sparmaßnahmen.

Ich traue uns zu,
die Lebensqualität in Ostbelgien zu bewahren
und nach der Krise neue Lebensperspektiven zu entwickeln.

Deshalb halten wir trotz Krise
an den zahlreichen ehrgeizigen Projekten unseres Regierungsprogramms fest,
die genau diesem Ziel dienen.

Wir werden diese Krise überstehen!

Lasst uns gemeinsam,
entschlossen und ergebnisorientiert daran arbeiten,
im Interesse und zum Wohle aller Menschen,
die hier leben!

